



Scientific Political Activism – eine Annäherung an das Verhältnis von Wissenschaft und politischem Engagement seit den 1960er Jahren

Pascal Germann, Lukas Held und Monika Wulz

Wissenschaft und Politik sind zwei Bereiche, deren Verhältnis im 20. Jahrhundert oft im Modus des Normativen gedacht wurde. Seit Max Webers berühmtem Vortrag *Wissenschaft als Beruf* (1917) hat sich die Ansicht etabliert, dass Wissenschaftler*innen der Politik keine Handlungsanweisungen erteilen können und Politiker*innen der Wissenschaft keine Vorgaben machen sollen. Diese normative Grenze zwischen Wissenschaft und Politik – und der mit ihr einhergehende Autonomieanspruch der Wissenschaft – ist aber nicht nur historisch spezifisch in die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts eingeschrieben und damit verhältnismäßig jung, sie ist seit ihrer Ziehung auch so oft überschritten worden (Shapin 2019), dass ihre Aufrechterhaltung eher die Ausnahme als die Regel zu bilden scheint.

Zwar wurde Webers Trennung in der historischen Forschung schon öfters hinterfragt, und es entstanden Perspektiven und Konzepte, die den historischen Verflechtungen von Wissenschaft und Politik Rechnung tragen. Zu nennen sind etwa der Fokus auf die „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ und die Rolle von Expert*innen im Zuge der Entstehung und Konsolidierung des Sozialstaates (Raphael 1996), der Vorschlag, Politik und Wissenschaft als „Ressourcen für einander“ zu untersuchen (Ash 2002; 2010) oder Volker Roelckes (2010) Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie, in der die politische Dimension systematisch in die historische Untersuchung der Wissensproduktion integriert wird. Im Fokus standen dabei aber zumeist die Schnittstellen von staatlichem Regieren und wissenschaftlichem Wissen – in Form von staatlicher Forschungsförderung bis hin zur wissenschaftlichen Fundierung von Regierungswissen.

Demgegenüber beleuchtet unsere Special Section einen Aspekt des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, der bisher noch wenig behandelt wurde: den gesellschaftlichen und politischen Aktivismus von Wissenschaftler*innen selbst. Im Vordergrund steht somit nicht die Frage, wie wissenschaftliche Forschung, etwa durch staatliche Institutionen oder Auftragsforschung, eine politische Prägung erfuhr oder wie wissenschaftliche Ergebnisse, etwa als Beratung oder Expertise, von politischen Entscheidungsträger*innen aufgegriffen wurden, sondern wie und unter welchen Bedingungen sich Wissenschaftler*innen auf Basis ihres spezifischen Wissens und ihrer Forschung gesellschaftlich engagierten und auf diese Weise als Akteur*innen in öffentlichen Debatten und politischen Auseinandersetzungen auftauchten.

Bislang wurden politisch involvierte Wissenschaftler*innen vorwiegend in zwei Rollenmustern beschrieben: als beratende Experten (Fisch & Rudloff 2004; Bogner & Torgersen 2005) oder als das Zeitgeschehen kommentierende Intellektuelle (Geppert & Hacke 2008; Kroll & Reitz 2013; Liebold & Schale 2017; Schildt 2020), kaum aber als selbst politisch aktive, das heißt aktiv gesellschaftliche Prozesse gestaltende Akteur*innen. Die historische Expertenforschung beschäftigt sich vor allem damit, wie wissenschaftliche Expertisen politische Entscheidungsfindungsprozesse prägten und inwiefern sich dabei zwischen Politik und Wissenschaft Ressourcenverhältnisse etablierten, die auch zu einer Politisierung von Wissenschaft im Dienste staatlicher Zwecke geführt haben (Ash 2002; Jasanoff 1998; Szöllösi-Janze 2004; Sala 2017; Weingart 2001). Die Rolle von „Expert*innen“ wird in dieser Perspektive in der Regel so verstanden, dass sie erst aufgrund eines spezifischen Auftrags von politischer, das heißt hier zumeist staatlicher Seite aktiv werden. Die historische Intellektuellenforschung wiederum weist nicht nur eine disziplinäre Engführung auf – Intellektuelle sind hier zuallermeist Geisteswissenschaftler*innen. Sie kommt auch zu dem Schluss, dass die Figur des öffentlichen Intellektuellen, der das Ganze der Welt in den Blick zu nehmen versteht, seit etwa den 1980er Jahren im Niedergang begriffen sei (Posner 2003). Für viele Aktivitäten von Wissenschaftler*innen, wie sie sich insbesondere seit den 1960er Jahren in Formen eines politischen oder gesellschaftlichen Aktivismus beobachten lassen, scheint aber weder die Form staatlicher Expertengremien noch die Rolle des kritischen Intellektuellen eine angemessene Beschreibung darzustellen. In einer *historischen Analyse* des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik, so die Ausgangsüberlegung dieser Special Section, wäre hingegen in den Blick zu nehmen, *dass* und *auf welche Weise* sich Wissenschaftler*innen *als* Wissenschaftler*innen politisch engagierten. Im Zentrum steht damit nicht mehr die Ebene der Produktion und Zirkulation von Theorien und Konzepten in

die Bereiche politischer Entscheidungsfindung, sondern das Agieren einzelner Wissenschaftler*innen in gesellschaftspolitischer Absicht.

Auf dieses eigenständige Aktivwerden von Wissenschaftler*innen bezieht sich der Begriff des *scientific political activism*. Unter politischem Aktivismus lässt sich ein zielgerichtetes Handeln außerhalb der institutionalisierten politischen Prozesse verstehen, das auf eine gesellschaftspolitische Gestaltung oder das Beheben von wahrgenommenen Missständen abzielt. Die Gestaltungsabsicht kann sich dabei auf radikale Veränderungen beziehen, aber auch auf eine Abwehr von gesellschaftlichem Wandel sowie auf inkrementelle Reformen und ein pragmatisches Lösen von Problemen. In einem so breit verstandenen Sinn beschränkt sich *scientific political activism* nicht auf ein Engagement von Wissenschaftler*innen in sozialen Bewegungen (Martin 2007) oder auf alternative Formen der Wissensproduktion, wie sie etwa im zeitgenössischen Begriff des „Gegenwissens“ zusammengefasst wurden (siehe insbesondere die Special Section in diesem Heft). Vielmehr fokussiert der Begriff auf unterschiedlichste Formen der gesellschaftspolitischen Intervention von Wissenschaftler*innen, innerhalb und außerhalb von politischen Strömungen, in herrschaftskritischer wie in herrschaftsstabilisierender Absicht, in Verbindung mit grassroots movements oder aus einer Establishment-Perspektive. Charakteristisch für den *wissenschaftlichen* politischen Aktivismus ist die Art und Weise, wie er gesellschaftspolitische Wirkungen zu entfalten sucht, nämlich unter Berufung auf wissenschaftliche Autorität sowie unter Einsatz von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Theorien, Konzepten und Techniken. Diese Mobilisierung von Wissenschaft als politische Strategie soll mit dem Begriff des *scientific political activism* in den Blick genommen werden.

Ein solcher Aktivismus von Wissenschaftler*innen lässt sich im 20. Jahrhundert in unterschiedlichen historischen Phasen beobachten. Zu denken ist hier etwa an jene Anthropolog*innen und Genetiker*innen, die in den 1930er Jahren öffentlich gegen den wissenschaftlich „legitimierten“ Rassismus in Nazideutschland Stellung bezogen (Barkan 1992; Lipphardt 2008), oder an das Engagement von Physiker*innen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Politik der Abrüstung stark machten (Kraft & Sachse 2019; Oreskes et al. 2014). Als besonders förderlich für einen politischen Aktivismus von wissenschaftlicher Seite erwiesen sich jedoch die drei Jahrzehnte seit den 1960er Jahren, als sowohl neue Artikulationen des Politischen als auch neue Formen der Wissensproduktion entstanden. Die Special Section nimmt deshalb diese von gesellschaftlichen Umbrüchen geprägte Zeit zwischen den 1960er und 1980er Jahren in den Blick, in welcher der *scientific political activism* eine Hochkonjunktur erlebte und neue Ausprägungen erfuhr.

Zu Beginn dieser drei Jahrzehnte zeichnete sich eine solche Hochkonjunktur noch keineswegs ab. In vielen Bereichen, so insbesondere in den Sozialwissenschaften, schuf der Kalte Krieg Anreize, sich der politischen Einmischung zu enthalten und stattdessen die Fahne der wissenschaftlichen Unabhängigkeit und Objektivität hoch zu halten (Solovey & Cravens 2012). Zwar lässt sich dieses Pochen auf Wertfreiheit und politische Neutralität selbst als politischer Akt verstehen, der darauf abzielte, der „totalitären Bedrohung“ Werte wie „Wissenschaftsfreiheit“ und „Objektivität“ entgegenzusetzen (Selya 2012; Wolfe 2018). Gerade der Typus des „reinen“ und unpolitischen Wissenschaftlers, den die antikommunistische Agenda legitimierte und befestigte (Reisch 2005), erschwerte aber ein eigenständiges politisches Engagement von Wissenschaftler*innen ausserhalb der staatlich erwünschten Rollen und Funktionen.

Im Kalten Krieg wurden jedoch auch jene Infrastrukturen geschaffen, die es ermöglichten, dass Universitäten seit den 1960er Jahren zu Schauplätzen eines medial breit wahrgenommenen politischen Aktivismus wurden. Da Wissenschaft und Technologie Schlüsselrollen im Systemkonflikt spielten, setzte ein beispielloser Ausbau von Universitäten und Forschungseinrichtungen ein. In Ländern wie den USA, Westdeutschland und Frankreich erhöhte sich die Anzahl von Studierenden zwischen 1955 und 1965 um mehr als das Doppelte (Suri 2003: 269). Im Jahr 1961 kürte das Time Magazine fünfzehn US-amerikanische Wissenschaftler zu den „Männern des Jahres“. Die Cover-Story behauptete, dass 90 Prozent aller Wissenschaftler*innen in der Weltgeschichte gegenwärtig leben würden, und sie erklärte Wissenschaftler*innen zur wichtigsten Berufsgruppe der Welt, deren Bedeutung noch weiter steigen werde (Time Magazine 1961). Damit lässt sich ein Faktor benennen, der die öffentliche Sichtbarkeit und das gesellschaftliche Engagement von Wissenschaftler*innen begünstigte: In der Nachkriegszeit nahm nicht nur ihre Anzahl massiv zu, sondern die explodierenden Studierendenzahlen und der enorme Prestigegewinn der Wissenschaft in der Öffentlichkeit führten auch dazu, dass Wissenschaftler*innen potentiell ein bedeutend größeres Publikum erreichten.

Des Weiteren trugen spezifische politische und kulturelle Strömungen seit den 1960er Jahren dazu bei, dass sich Wissenschaftler*innen vermehrt politisch engagierten. Wesentlich waren hier nicht nur die Herausbildung einer internationalen Counterculture und die Entstehung vielfältiger Protestbewegungen, die sich gegen die dominante Kultur des Kalten Krieges auflehnten, sondern auch die Gründung von Thinktanks oder NGOs, die der Regierungspolitik zugrundeliegende Expertisen aufgrund von eigener Forschung kritisch beleuchteten (Suri 2009; Pestre 2015). Die damit einhergehende „Ausweitung und Vervielfältigung des Politischen“ (Ash 2010: 44) machte auch vor den Wissenschaften und der Rolle von Wissenschaft-

ler*innen in der Gesellschaft nicht halt. In die Kritik geriet dabei nicht zuletzt ein Wissenschaftsestablishment, dem nun die Mitarbeit in Regierungsgremien, ihre Rolle in den stark expandierenden Staatsbürokratien oder ein Festhalten an akademischen Hierarchien vorgeworfen wurde. Der liberale Nachkriegskonsens, die Wissenschaft als Garant von Freiheit und Demokratie hochzuhalten, sowie die technokratisch-szientistische Vorstellung von Fortschritt durch rationales Regieren wurden dabei von unterschiedlichen politischen Richtungen kritisiert: von der Neuen Linken und Neuen Sozialen Bewegungen wie der Umweltbewegung, aber mitunter auch von konservativen, neoliberalen oder neurechten Strömungen, die sich Ende der 1960er Jahre in vielen westlichen Ländern formierten und in den 1970er Jahren einen Aufschwung erfuhren (Sheldon 2018: 330–331; Stadler et al. 2021).

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die Produktion von Wissen selbst zu einem Gegenstand gesellschaftlicher Debatten und politischer Auseinandersetzungen avancierte (Ash 2010: 42–46; Leendertz 2012; Weingart 1983), was Gründungen von Thinktanks (Medvetz 2012) und privat finanzierten oder parteinahen Forschungseinrichtungen (Leggewie 1987) wie auch alternative Forschungszentren oder Science Shops beziehungsweise „Wissenschaftsläden“ ebenso zur Folge hatte wie eine rapide Vermehrung und Pluralisierung von Wissensfeldern innerhalb und außerhalb der Universitäten (Schregel 2018; Stadler et al. 2020). Auseinandersetzungen drehten sich etwa um Fragen des Umweltschutzes, neue wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen oder die Rolle der Wissenschaft für militärische Zwecke (Frickel 2004; Schmalzer et al. 2018; Weingart 1983). Hinzu kamen Debatten über Geschlechtergleichstellung, Forschungen zu „Intelligenz“ und „Rasse“ und die damit einhergehende Kritik an der Politik der Chancengleichheit im Sozialstaat (Gould 1983), die soziobiologische Perspektive auf menschliche Natur und Verhaltensweisen (Milam 2019; Sarasin 2021: Kapitel 6), oder auch die Ausrichtung der Wissenschaftspolitik selbst (Leendertz 2013; Wehrs 2014; Stadler & Wulz 2020).

Deutlich wird, dass die Umbrüche von Gesellschaft und Politik seit den 1960er Jahren sowohl eine „Krise des Regierens“ bewirkten als auch eine Krise des Wissens und des Verstehens (Leendertz 2019). Die bisherigen Vorstellungen von Rationalität und Planbarkeit des gesellschaftlichen Lebens drohten zu erodieren, die gesellschaftlich relevante Wissensproduktion vervielfältigte sich und das Verständnis dessen, was den Bereich des Politischen und seiner Aktionsformen ausmachte, weitete sich aus. Als gesellschaftlich relevant galt nun nicht mehr vorwiegend jenes Wissen, das von technokratischen Experten kam, sondern Wissen wurde verstärkt zu einem Faktor gesellschaftlicher Aushandlungen und konnte aus unter-

schiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Perspektiven vorgebracht werden (Espahangizi & Wulz 2020). Diese Veränderung im Verhältnis von Wissen und Politik ist im Hinblick auf die finanziellen und disziplinären Strukturen analysiert worden (Graf 2017; Leendertz 2019). Bisher unterbelichtet blieb aber, dass diese Umbrüche auch spezifische Formen des Aktivismus ermöglichten, der von Wissenschaftler*innen selbst ausging. Anders als „Expert*innen“ fungierten sie nicht nur beratend im Zuge politischer Entscheidungsprozesse und anders als „Intellektuelle“ kommentierten sie nicht nur in humanistisch-universeller Manier das Geschehen. Vielmehr situierten sich diese Wissenschaftler*innen bewusst mit ihrem Wissen und ihrer Forschung in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und erarbeiteten damit wissenschaftliche Strategien zur Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen.

Die Hochkonjunktur eines politischen Aktivismus von Wissenschaftler*innen wurde seit den 1960er Jahren darüber hinaus durch mediale Veränderungen begünstigt, die auch die „Medialisierung von Wissenschaft“ vorantrieb (Leendertz 2012; Weingart 2001): die zunehmende Bedeutung des Fernsehens für die Vermittlung von Wissenschaft, die Gründung neuer Zeitschriften im politisch linken wie rechten Spektrum, in denen Wissenschaftler*innen prominent als Autor*innen oder auch als Interview-Partner*innen auftraten, sowie generell ein populärwissenschaftlicher Boom seit den 1970er Jahren (Fahy & Lewenstein 2014). Die Auftrittsmöglichkeiten von Wissenschaftler*innen vervielfältigten sich und damit die Möglichkeiten, wissenschaftliche Positionen zum Teil gekoppelt mit gesellschaftspolitischen Implikationen oder auch expliziten politischen Vorschlägen an ein breites Publikum zu richten. Während die Pluralisierung der Medien- und Zeitschriftenlandschaft und insbesondere die vermehrte Sichtbarkeit von Wissenschaft in populären Medien Wissenschaftler*innen mitunter zu medialen Stars machen konnten, trug diese Entwicklung aber auch dazu bei, dass wissenschaftliche Einschätzungen nicht ausschließlich als unwidersprochene Expertise gelten konnten. Sichtbar wurde – durch vermehrte Zeitungs- wie Fernseh-Debatten – vielmehr die Umstrittenheit wissenschaftlicher Forschung und der aus ihr resultierenden Positionen (Erdur 2018; Hounshell & Halmayer 2020; Milam 2019).

Seit den 1970er Jahren wie auch in der jüngeren Forschung lassen sich zwar Versuche beobachten, den hier thematisierten strukturellen Verschiebungen und die veränderte gesellschaftspolitische Rolle von Wissenschaftler*innen in der Öffentlichkeit mit neuen Begrifflichkeiten zu begegnen: So diagnostizierte etwa Michel Foucault als zeitgenössischer Beobachter 1976 das Auftauchen „spezifischer Intellektueller“, die mit ihren je spezifischen Kenntnissen, Arbeitsbedingungen und Positionen hegemoniale Wahrheits- und Machtgefüge hinterfragten (Foucault 2003). In der neueren Literatur

wird auch systematisierend von „Expertenintellektuellen“ (Korom 2012) oder „Gegenexperten“ (Leendertz 2013: 360) gesprochen, wenn Wissenschaftler*innen ihre Positionen in Expertengremien, Thinktanks oder öffentlichen Debatten einbringen. Jenseits neuer Labels geht es uns in dieser Special Section aber darum, die konkreten Bedingungen, Kontexte, medialen Strategien und Praktiken zu untersuchen, die politisches Engagement von Wissenschaftler*innen seit den 1960er Jahren ermöglichten. Dabei geraten die vielfältigen Interaktionen zwischen dem Wissen von Wissenschaftler*innen und den heterogenen Erscheinungsformen des Politischen in den Blick.

Die Special Section versammelt drei Beiträge, die den (gesellschafts-)politischen Aktivismus von Wissenschaftler*innen in den 1960er bis 1980er Jahren anhand von Fallstudien in den Kontexten der USA, Großbritanniens und Westdeutschlands beleuchten. Thematisch weisen die Beiträge ein breites Spektrum auf. Marina Lienhard befasst sich mit einer spezifisch psychiatrischen Kritik an gesellschaftlichen Strukturen in den 1960er Jahren. Lukas Held untersucht, wie mit psychotechnischen Interventionen gesellschaftliche Konflikte in psychologisch lösbare Probleme überführt wurden. Anna Maria Schmidt beleuchtet die Debatten um die Gefahren der Gentechnologie und analysiert die strategische Mobilisierung von Wissenschaft als politisches Argument. In den Fokus geraten dabei vor allem drei Faktoren dieses politischen Engagements von Wissenschaftler*innen: die neuen *Orte*, an denen Wissenschaft entsteht (NGOs, alternative Zentren außerhalb etablierter Institutionen, Beratungsunternehmen), das neue Verständnis der wissenschaftlichen „*persona*“ als unternehmerischer Wissenschaftler (Shapin 2008) oder als Verkörperung alternativer Wissenskulturen (Kaiser & McCray 2016) sowie die *medialen Strategien* der Wissensproduktion und -vermittlung in einer Zeit konkurrierender Wissenssysteme (Inszenierungen des Wissens, Workshops, Trainingslager, Mobilisierung von wissenschaftlicher Autorität in Medien und öffentlichen Veranstaltungen).

Die hier versammelten Fallstudien beleuchten die gesellschaftspolitische Involviertheit von Wissenschaftler*innen seit den 1960er Jahren in westlichen Ländern. Darüber hinaus würden sich, wie neuere Forschung zeigt, auch Perspektiven auf gesellschaftspolitische Aktivitäten von Wissenschaftler*innen in ost- und südosteuropäischen Ländern (Bockman 2011; Cain et al. 2019) sowie in Bewegungen der Dekolonisation in den Ländern des Globalen Südens (Getachew 2019) lohnen. Mit dieser Special Section hoffen wir, zukünftige weitergehende Studien solcher unterschiedlichen, mitunter aber thematisch und personell verschränkten Entwicklungen von gleichermaßen politischem wie wissenschaftlichem Engagement anzuregen.

Literatur

- Ash, Mitchell 2002. Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. In: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hgg.). *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Eine Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart: Franz Steiner: 32–51.
- Ash, Mitchell 2010. Wissenschaft und Politik. Eine Beziehungsgeschichte im 20. Jahrhundert. *Archiv für Sozialgeschichte* (50): 11–46.
- Barkan, Elazar 1992. *The Retreat of Scientific Racism: Changing Concepts of Race in Britain and the United States between the World Wars*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bockman, Johanna 2011. *Markets in the Name of Socialism. The Left-Wing Origins of Neoliberalism*. Stanford: Stanford University Press.
- Bogner, Alexander und Helge Torgersen (Hgg.) 2005. *Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik*. Wiesbaden: Springer VS.
- Cain, Friedrich, Bernhard Kleeberg und Jan Surman 2019. The Past and Present of Political Epistemologies of (Eastern) Europe. *HISTORYKA. Studia Metodologiczne* (49): 7–13.
- Erdur, Onur 2018. *Die epistemologischen Jahre. Philosophie und Biologie in Frankreich, 1960–1980*. Zürich: Chronos.
- Espahangizi, Kijan und Monika Wulz (Hgg.) 2020. Special Issue *The Political and the Epistemic in the Twentieth Century: Historical Perspectives*. *KNOW—A Journal on the Formation of Knowledge* (4,2).
- Fahy, Declan und Bruce V. Lewenstein 2014. Scientists in popular culture. The making of celebrities. In: Massimiano Bucci und Brian Trench (Hgg.). *Routledge Handbook of Public Communication of Science and Technology*. London: Routledge: 83–96.
- Fisch, Stefan und Wilfried Rudloff (Hgg.) 2004. *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Foucault, Michel 2003 [1976]. Die politische Funktion des Intellektuellen. In: Michel Foucault. *Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*. Band 3: 1976–1979. Frankfurt am Main: Suhrkamp: 145–152.
- Frickel, Scott 2004. *Chemical consequences Environmental mutagens, scientist activism, and the rise of genetic toxicology*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Geppert, Dominik und Jens Hacke (Hgg.) 2008. *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Getachew, Adom 2019. *Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination*. Princeton: Princeton University Press.
- Gould, Stephen Jay 1983. *Der falsch vermessene Mensch*. Basel: Birkhäuser.
- Graf, Rüdiger 2017. Détente Science? Transformations of Knowledge and Expertise in the 1970s. *Centaurus* (59): 10–25.
- Hounshell, Eric und Verena Halsmayer 2020. How Does Economic Knowledge Have a Politics? On the Frustrated Attempts of John K. Galbraith and Robert M. Solow to Fix the Political Meaning of Economic Models in The Public Interest. *KNOW: A Journal on the Formation of Knowledge* (4): 263–293.
- Jasanoff, Sheila 1998. *The Fifth Branch: Science Advisers as Policymakers*. Cambridge/MA: Harvard University Press.
- Kaiser, David und W. Patrick McCray 2016. *Groovy Science: Knowledge Innovation and American Counterculture*. Chicago: University of Chicago Press.
- Korom, Philipp 2012. Der Aufstieg der Expertenintellektuellen. Eine kritische Auseinandersetzung mit Bourdieus Soziologie der Intellektuellen. *SWS-Rundschau* (52): 69–91.
- Kraft, Alison und Carola Sachse 2019. *Science, (Anti-)Communism and Diplomacy. The Pugwash Conferences on Science and World Affairs in the Early Cold War*. Leiden: Brill.
- Kroll, Thomas und Tilman Reitz (Hgg.) 2013. *Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland. Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Leendertz, Ariane 2012. Experten – Dynamiken zwischen Wissenschaft und Politik. In: Christiane Reinecke und Thomas Mergel (Hgg.). *Das Soziale ordnen. Sozialwissen-*

- schaften und gesellschaftliche Ungleichheit im 20. Jahrhundert.* Frankfurt am Main: Campus: 337–369.
- Leendertz, Ariane 2013. ‚Finalisierung der Wissenschaft‘. Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik. *Mittelweg* 36 (4): 93–121.
- Leendertz, Ariane 2019. Amerikanische Policy-Forschung, Komplexität und die Krise des Regierens: Zur gesellschaftlichen Einbettung sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* (42): 43–63.
- Leggewie, Claus 1987. *Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende.* Berlin: Rotbuch.
- Liebold, Sebastian und Frank Schale (Hgg.) 2017. *Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik.* Baden-Baden: Nomos.
- Lipphardt, Veronika 2008. Das „schwarze Schaf“ der Biowissenschaften. Marginalisierungen und Rehabilitierungen der Rassenbiologie im 20. Jahrhundert. In: Dirk Rupnow et al. (Hg.). *Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte.* Frankfurt am Main: Suhrkamp: 223–250.
- Martin, Brian 2007. Activism, Social and Political. In: Gary L. Anderson und Kathryn G. Herr (Hgg.). *Encyclopedia of Activism and Social Justice.* London: SAGE Publications.
- Medvetz, Thomas 2012. *Think Tanks in America.* Chicago: University of Chicago Press.
- Milam, Erika L. 2019. *Creatures of Cain. The Hunt for Human Nature in Cold War America.* Princeton: Princeton University Press.
- Oreskes, Naomi, Dale Jamieson und Michael Oppenheimer 2014. What Role for Scientists? *Sustainable Humanity, Sustainable Nature Our Responsibility* (41): 1–33.
- Pestre, Dominique 2015. Les savoirs du social. In: Christophe Bonneuil und Dominique Pestre (Hgg.). *Histoire des sciences et des savoirs*, Bd. 3: *Le siècle des technosciences (depuis 1914).* Paris: Éditions du Seuil: 125–143.
- Posner, Richard A. 2003. *Public Intellectuals. A Study of Decline, With a New Preface and Epilogue.* Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Raphael, Lutz 1996. Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. *Geschichte und Gesellschaft* (22): 165–193.
- Reisch, George A. 2005. *How the Cold War Transformed Philosophy of Science. To the Icy Slopes of Logic.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Roelcke, Volker 2010. Auf der Suche nach der Politik in der Wissensproduktion: Plädoyer für eine historisch-politische Epistemologie. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* (33): 176–192.
- Sala, Roberto 2017. Verwissenschaftlichung des Sozialen – Politisierung der Wissenschaft? Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in der Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* (40): 333–349.
- Sarasin, Philipp 2021. *1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart.* Berlin: Suhrkamp.
- Schildt, Axel 2020. *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik.* Göttingen: Wallstein.
- Schmalzer, Sigrid, Daniel S. Chard und Alyssa Botelho (Hgg.) 2018. *Science for the People. Documents from America's Movement of Radical Scientists.* Amherst: University of Massachusetts Press.
- Schregel, Susanne 2018. Introduction: Social Movements, Protests, and Academic Knowledge Formation. Interactions since the 1960s. *Moving the Social* (60): 5–26.
- Selya, Rena 2012. Defending Scientific Freedom and Democracy: The Genetics Society of America's Response to Lysenko. *Journal of the History of Biology* (45): 415–442.
- Shapin, Steven 2008. *The Scientific Life. A Moral History of a Late Modern Vocation.* Chicago: University of Chicago Press.
- Shapin, Steven 2019. Weber's Science as a Vocation: A moment in the history of „is“ and „ought“. *Journal of Classical Sociology* (19): 290–307.
- Sheldon, Myrna Perez 2018. Science, Medicine and Technology. A Historiographical Survey. In: Jerald Podair und Darren Dochuk (Hgg.). *The Routledge History of the Twentieth-Century United States.* New York: Routledge: 325–336.
- Solovey, Marc und Hamilton Cravens (Hgg.) 2012. *Cold War Social Scienc. Knowledge Production, Liberal Democracy, and Human Nature.* New York: Macmillan.

- Stadler, Max und Monika Wulz 2020. Differenz. In: Max Stadler, Nils Güttler und Niki Rhyner et al. *Gegen|Wissen* (=cache 01). Zürich: intercom.
- Stadler, Max, Nils Güttler, Niki Rhyner et al. 2020. *Gegen|Wissen* (=cache 01). Zürich: intercom.
- Stadler, Max, Janosch Steuwer und Monika Wulz 2021. *Rechtes Wissen. Konstellationen zwischen Universität und Politik* (Æther 06). Zürich: intercom.
- Suri, Jeremi 2003. *Power and Protest. Global Revolution and the Rise of Détente*. Cambridge/MA: Harvard University Press.
- Suri, Jeremi 2009. The Rise and Fall of an International Counterculture, 1960–75. In: *American Historical Review* (114), 1: 45–68.
- Szöllösi-Janze, Margit 2004. Politisierung der Wissenschaften – Verwissenschaftlichung der Politik. Wissenschaftliche Politikberatung zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. In: Stefan Fisch und Wilfried Rudloff (Hgg.). *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*. Berlin: Duncker und Humblot: 79–100.
- Time Magazine* 1961. Man of the Year: US Scientists, 2. Januar.
- Wehrs, Nikolai 2014. *Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren*. Göttingen: Wallstein.
- Weingart, Peter 1983. Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* (12): 225–241.
- Weingart, Peter 2001. *Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Medien und Wirtschaft in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück.
- Wolfe, Audra 2018. *Freedom's Laboratory. The Cold War Struggle for the Soul of Science*. Baltimore/ML: Johns Hopkins University Press.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Pascal Germann
 Universität Bern
 Bern
 Schweiz
 pascal.germann@img.unibe.ch